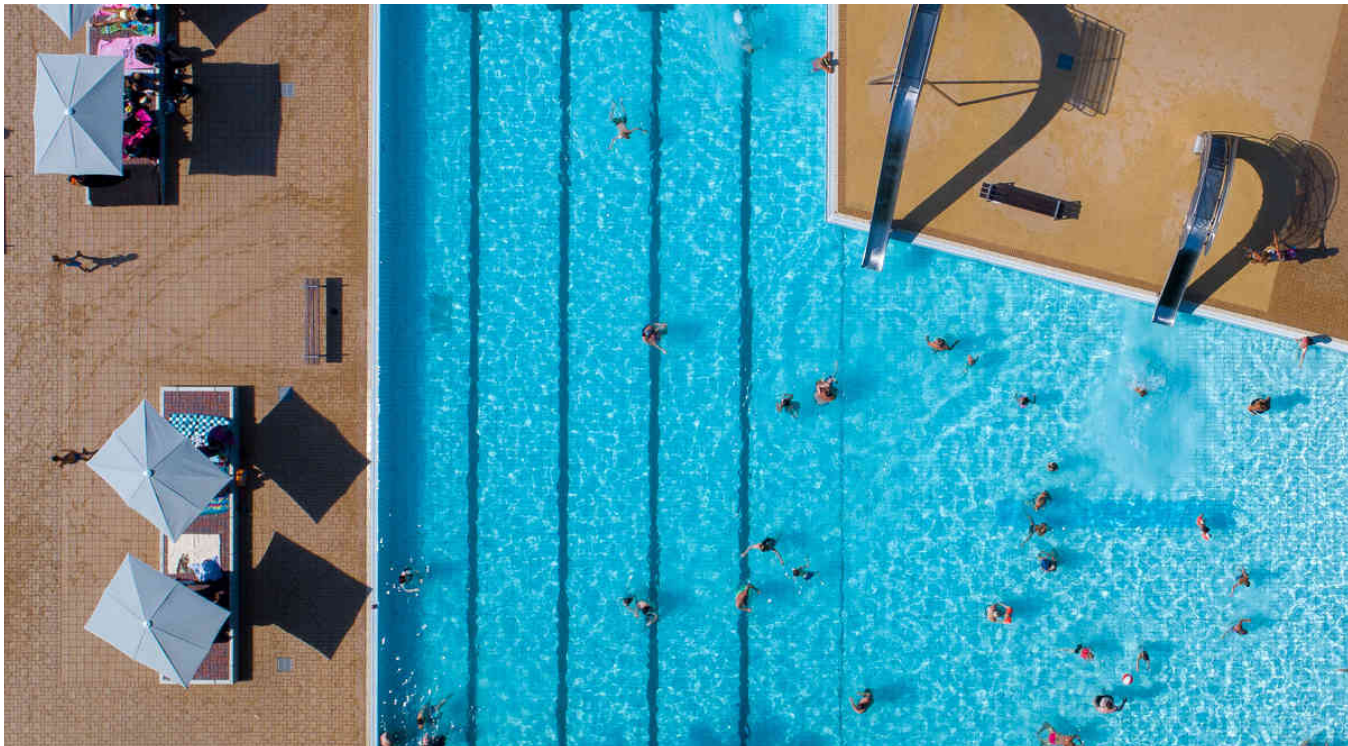


NRW / Panorama

Zukunft der Volksbäder in NRW

# Bürger wollen ihre Schwimmbäder retten

10. August 2018 um 17:10 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Das Freibad Solimare in Moers aus der Luft. (Symbolfoto) Foto: Christoph Reichwein (crei)

**Düsseldorf. Die Zukunft der öffentlichen Badeanstalten ist vielerorts bedroht: In NRW stehen 19 Bäder vor der Schließung. In Bonn, Duisburg und Niederkrüchten wollen die Bürger ihre alten Bäder reaktivieren.**

---

Von Franziska Hein

---

Der Hitzesommer 2018 könnte den Freibädern in diesem Jahr einen Besucherrekord bescheren: Für viele Freibadbetreiber dürfte das ein Grund zur Freude sein, denn die vielen Besucher spülen zusätzliche Einnahmen in die leeren Kassen.

Öffentliche Badeanstalten sind für die meisten Kommunen in NRW eine finanzielle Belastung. Steht eine Stadt oder eine Gemeinde unter Sparzwang, wird dort häufig als erstes der Rotstift angesetzt. In Niederkrüchten etwa bleibt in diesem Sommer das Freibad geschlossen.

Die Zahl der Schwimmbäder in Nordrhein-Westfalen nimmt seit einigen Jahren stetig ab. In diesem Jahr sind bereits acht Bäder geschlossen worden, teilte die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) Ende Juli mit. 19 Bäder seien von einer Schließung bedroht. Seit Anfang 2016 sind in NRW 36 Schwimmbäder dicht gemacht worden.

Zahlen der Deutschen Gesellschaft für Badewesen zeigen, dass die Zahl der Schwimmbäder seit dem Jahr 2000 deutlich zurückgegangen ist. Der von der Gesellschaft veröffentlichte Bäderatlas zählt aktuell 4975 Hallen- und Freibäder, hinzukommen laut Geschäftsführer Christian Ochsenbauer rund 1000 Schulschwimmbäder. Im Jahr 2000 waren es etwa 6700 Hallen- und Freibäder. Demnach hat in den vergangenen 18 Jahren gut jedes zehnte Schwimmbad geschlossen. DLRG und Bädergesellschaft warnen schon seit Längerem unisono, dass darunter auch das Schulschwimmen leidet. Schwimmunterricht findet seltener statt, die Wege der Schüler zu den Schwimmbädern verlängern sich.

„Man kann öffentliche Bäder nicht wirtschaftlich betreiben“, sagt Martin Lehrer, Sprecher des Städte- und Gemeindebunds in NRW. Das liegt daran, dass die öffentlichen Bäder zur Daseinsfürsorge der Kommunen für ihre Bürger gehören. Sie benötigen vielerorts Zuschüsse von mehr als 50 Prozent, sagt Lehrer. „Die Bäder müssen die pädagogischen und sozialen Bedürfnisse der Bürger abbilden.“ Dazu zählen Schulschwimmen, die Nutzung durch Vereine und soziale Programme und Kurse für soziale Randgruppen. „Wollte man ein Bad wirtschaftlich betreiben, braucht man ein Konzept für ein Spaßbad oder ein Bad mit Wellnessbereich“, sagt Lehrer. „Die Leute geben heute gerne mal 20 bis 30 Euro pro Person für einen Sauna-Besuch aus.“ Deswegen schließen Kommunen lieber ältere Schwimmbäder, die Sanierungsstau haben, und bauen neu. In Bonn etwa streitet man sich seit Jahren, welche städtischen Bäder schließen müssen, weil sie im Unterhalt zu teuer geworden sind. Die Stadt wollte stattdessen lieber ein neues Spaßbad bauen und dafür zwei Stadtteilbäder schließen. Auch in Niederkrüchten gibt es Pläne statt des Freibads ein interkommunales Hallenbad zu bauen.

Vielerorts ruft der Schwund in der kommunalen Bäderlandschaft die Bürger auf den Plan. In Niederkrüchten sammelt Dirk Zilz Unterzeichner für eine Online-Petition gegen die Schließung des Freibads. Ginge es nach ihm und seinen Unterstützern unter den Niederkrüchtenern, würde das Freibad voll saniert und zusätzlich ein kleines Hallenbad mit modernen Duschen und Umkleiden dort neu gebaut.

In Bonn haben die Bürger vorige Woche gegen den Neubau des Spaßbades gestimmt. Sie wollen lieber, dass die Stadtteilbäder saniert werden. Und in Duisburg wünschen sich die Bürger ihr altes Freibad Töppersee wieder zurück. Das Bad hat schon vor zehn Jahren dicht gemacht. Seither ist die Anlage dem Verfall überlassen. Eine Duisburgerin hat eine Online-Petition gestartet, um die Stadt Duisburg zum Wiederaufbau aufzufordern. 3200 Unterschriften sind nötig, knapp 2700 haben bereits unterschrieben.

Wie ernst es manchen Bürgern ist, wenn ein Bad bedroht ist, zeigt ein Beispiel aus Düsseldorf. Das Kaiserswerther Freibad - ursprünglich den Diakonissen der dortigen Diakonie vorbehalten - wird seit 20 Jahren von einem Bürgerverein betrieben. Das Bad läuft dank Mitgliederbeiträgen und Sponsoren. „Fast alle Nachbarn sind mittlerweile Mitglied bei uns“, sagte die Badleiterin Birgit Korz kürzlich dem WDR.

**kgerlach1** Freitag, 10. August 2018, 18:23 Uhr

Die 'ganze Wahrheit' ist, das Städte bzw. Lokalpolitiker die Grundstücke auf denen die 'alten' Bäder stehen an Investoren verkaufen wollen.

Zum einen sind das sicher Einnahmen für die Stadt, zum anderen drängt sich oftmals der Verdacht auf, das dabei auch anderweitig profitiert wird. Allerdings nicht für die Allgemeinheit.

**Dedalus2015** Freitag, 10. August 2018, 19:05 Uhr

Na dann sollte man auch darüber nachdenken gewisse Leute dort nicht mehr rein zu lassen! Ich denke jeder der kürzlich in NRW im Freibad war wird verstehen was gemeint ist...

**Hedy14** Freitag, 10. August 2018, 23:02 Uhr

@Dedalus2015:

Das übliche Bashing von Ihnen.

Nur gehen seit Jahren immer weniger Leute in 'normale' Bäder, und das ist das Kernproblem.

Aber von Ihnen hätte ich die Mär, daß es "früher" nie laute, lästige und belästigende Jugendliche gegeben hätte, eh vermutet.

**Stefan\_Roeder** Freitag, 10. August 2018, 23:18 Uhr

@Dedalus2015

"Na dann sollte man auch darüber nachdenken gewisse Leute dort nicht mehr rein zu lassen!"

Man sieht den Leuten aber leider nicht an, ob sie die AfD gewählt haben, oder anderen braunen Vereinigungen anhängen.

**Schuhplattler** Samstag, 11. August 2018, 08:57 Uhr

Die Kommunen sind pleite. Die Sozialkosten sind seit 2015 so extrem gestiegen, dass für Luxus kein Geld mehr da ist. Meine Empfehlung an die Gemeinde Niederkrüchten: Vermietet das Freibad für 1,- € im Monat an die DLRG oder an einen Schwimmsportverein und beteiligt Euch mit einem Betrag X an den Unterhaltungskosten aufgrund dessen, dass auch Schulen das Schwimmbad nutzen möchten. Ich bin sicher, dass dann auf einmal ein Wunder geschieht und das Schwimmbad tragfähig wird. Euer Schuhplattler von Plattling.

**wupperwombel** Samstag, 11. August 2018, 09:49 Uhr

„Man kann öffentliche Bäder nicht wirtschaftlich betreiben“ - wenn das schon mal klar ist... warum werden Badegäste zusätzlich mit Mondpreisen für "mal ne Runde schwimmen" vertrieben? 2x die Woche zum Schwimmen war früher nicht mal überdenkenswert,

mittlerweile ist es ein ernstzunehmender Kostenfaktor im Monatsbudget.

**DasUrkel** Samstag, 11. August 2018, 09:51 Uhr

Die ganze Wahrheit ist, dass eigentlich aufgrund des technischen Fortschritts immer mehr immer effektiver produziert werden kann und eigentlich alle immer reicher werden müssten, würden denn die produzierten Einnahmen an alle Menschen gleichmässig verteilt. Da sowas aber böser Kommunismus wäre, wird durch ein Zins-System ständig Geld aus dem Kreislauf gesaugt und zu den Vermögenden gepumpt, welches dann der Mehrheit fehlt.

Dummerweise ein exponentiell wachsender Vorgang. Und deshalb ist immer weniger Geld da für die Allgemeinheit z.B. auch für Schwimmbäder oder neue Schulbücher usw. Dafür dürfen wir dann gegen ständiges Entgelt auf Touchscreen-Handys und megagroßen Flachglotzen die neuste Werbung geniessen und gegen ständiges Entgelt in Autos mit Klimaanlage und Navigationsgeräten zur täglichen Lohn- & Gehaltssklaverei fahren, damit wir uns Handys, Fernseher und Autos leisten können.

Das geht alles nur so und nicht anders. Anders ist böser Kommunismus. Wem es nicht gefällt, der kann ja auf Flüchtlinge oder Muslime schimpfen. Dann sind die eben alles schuld. Steht ja auch immer unterschwellig in der Bild und in der Express. Unabhängig und überparteilich. Und das sagt ja auch unterschwellig der Herr Innenminister. Warum auch immer. Damit, dass Geld, bzw. die Reichen die Welt regieren, oder mit Sündenböcken hat das sicher nichts zu tun.

**DasUrkel** Samstag, 11. August 2018, 09:58 Uhr

@Dedalus2015 - "Na dann sollte man auch darüber nachdenken gewisse Leute dort nicht mehr rein zu lassen! Ich denke jeder der kürzlich in NRW im Freibad war wird verstehen was gemeint ist..."

Äh...nein!? Helfen sie mir mal auf die Sprünge, wen meinen sie denn genau? Juden wohl nicht jetzt?

**nettie** Samstag, 11. August 2018, 11:41 Uhr

„Der Hitzesommer 2018 könnte den Freibädern in diesem Jahr einen Besucherrekord bescheren: Für viele Freibadbetreiber dürfte das ein Grund zur Freude sein, denn die vielen Besucher spülen zusätzliche Einnahmen in die leeren Kassen.“ / „Demnach hat in den vergangenen 18 Jahren gut jedes zehnte Schwimmbad geschlossen.“ / „„Man kann öffentliche Bäder nicht wirtschaftlich betreiben“, sagt Martin Lehrer, Sprecher des Städte- und Gemeindebunds in NRW. Das liegt daran, dass die öffentlichen Bäder zur Daseinsfürsorge der Kommunen für ihre Bürger gehören.“ / „„Die Leute geben heute gerne mal 20 bis 30 Euro pro Person für einen Sauna-Besuch aus.“ Deswegen schließen Kommunen lieber ältere Schwimmbäder, die Sanierungsstau haben, und bauen neu. In Bonn etwa streitet man sich seit Jahren, welche städtischen Bäder schließen müssen, weil

sie im Unterhalt zu teuer geworden sind. Die Stadt wollte stattdessen lieber ein neues Spaßbad bauen und dafür zwei Stadtteilbäder schließen“.

Merken Sie es? Es geht immer nur ums Geld.

Dass immer mehr Kinder heute nicht mehr schwimmen können – und (nicht nur deshalb) tendenziell immer dicker werden – ist auch so ein Beispiel für die höchste unerfreulichen Folgen dieser „finanziellen Zwänge“ (hier: die durch das Schließen von geeigneten Schwimmbädern wegfallende Gelegenheit, es zu erlernen).

Folgende Zitate aus diesem Artikel „Vielerorts ruft der Schwund in der kommunalen Bäderlandschaft die Bürger auf den Plan. „In Niederkrüchten sammelt Dirk Zilz Unterzeichner für eine Online-Petition gegen die Schließung des Freibads.“ (...) „In Bonn haben die Bürger vorige Woche gegen den Neubau des Spaßbades gestimmt. Sie wollen lieber, dass die Stadtteilbäder saniert werden.“ / „Wie ernst es manchen Bürgern ist, wenn ein Bad bedroht ist, zeigt ein Beispiel aus Düsseldorf. Das Kaiserswerther Freibad - ursprünglich den Diakonissen der dortigen Diakonie vorbehalten - wird seit 20 Jahren von einem Bürgerverein betrieben. Das Bad läuft dank Mitgliederbeiträgen und Sponsoren. „Fast alle Nachbarn sind mittlerweile Mitglied bei uns“, sagte die Badleiterin Birgit Korz kürzlich dem WDR.“ machen deutlich, dass wirklich effektive und effiziente Lösungsansätze auf lokaler Ebene – und von den Bürgern selbst – erarbeitet werden müssen. Ganz grundsätzlich – also bei eher „überregionalen“ Themen - ist dabei natürlich oft eine Abstimmung mit den von anderen, näher und weiter entfernt liegenden „lokalen Ebenen“ erarbeiteten Ansätzen notwendig (was natürlich einen regen Austausch voraussetzt). Für die Funktionsfähigkeit einer solchen „dezentralen“, auf die Eigenverantwortung der Bürger statt auf „staatliche Autoritäten“ setzende Politik (by the way: Nichts gegen Autoritäten – aber bitte echte, d.h. welche, die sich diese aufgrund von Kompetenz und Leistung oder weil sie in anderer Weise als positives Vorbild dienen „verdient“ haben, nicht „vorgesetzte“!!) gibt es landauf landab und überall auf der Welt mehr als genug Beispiele. Ist ohnehin immer eine gute Idee, anderswo nach Beispielen eines (besser) funktionierenden Gemeinwesens zu suchen und sich dort Anregungen und Inspiration für eigene Lösungsansätze zu holen.

Ohnehin höchste Zeit wird es auch, damit aufzuhören, sich ständig „fremdsteuern“ zu lassen bzw. sein ganzes Tun und Denken an irgendwelchen gesellschaftlichen Dogmen, (vermeintlichen) Zwängen – insbesondere finanzieller Art, „Trends“ - oder auch „nur“ an dem auszurichten, was einem irgendjemand erzählt hat. Kurz: Sich vor den Karren fremder Interessen spannen zu lassen.

Und damit anzufangen, sich mal ein paar Gedanken darüber zu machen, was man selber eigentlich wirklich will, was also für einen persönlich richtig und wichtig ist – UND (da

auskömmlicher Umgang mit den lieben Mitmenschen sicherlich unter Letzteres fällt), wie sich unsere Gesellschaft im digitalen Zeitalter demokratischer als heute gestalten lässt.

Jedem, der heute im Artikel „Null Arbeit, 4100 Euro netto“ auf Seite A4 der Rheinischen Post liest, was der Beamte des Ausrüstungsamts der Bundeswehr in Koblenz zu berichten hat, dürfte danach schlagartig um ein paar Illusionen über die Funktionsfähigkeit unserer Regierungsbürokratie ärmer sein. Zitat aus o.g. Artikel: „Auch dieser Fall liest sich unglaublich.“ Das tut es in der Tat. Für mich allerdings nicht; ich bin jetzt nämlich schon seit über 12 Jahren (eher gezwungenermaßen – das Geld..) „Regierungsbeschäftigte“ und könnte daher auch so einiges zum Thema „Absurditäten des Behördenalltags“ berichten.

Das Beharrungsvermögen innerhalb der Regierungsbürokratie, leider oft in Kombination mit mangelnder Koordination innerhalb derselben und Realitätsverkenning vieler „Entscheider“, ist tatsächlich oft unfassbar. Und extrem bedrohlich dazu.

Derweil in der sogenannten „Politik“ alles seinen gewohnten ordnungsgemäßen bzw. vorschriftsmäßigen Gang geht (d.h., es tut sich fast nichts – und wenn, dauert das alles dank deren Bräsigkeit auch noch viel zu lange), verlässt sich ein Großteil der Bevölkerung der Bequemlichkeit halber weiter auf die (der Klimawandel lässt sich davon natürlich nicht aufhalten, sondern beschleunigt sich munter immer weiter). Dass Frauen weit stärker unter der extremen Hitze leiden als Männer (54% gegen 36%, wenn ich mich recht erinnere), unter den „Entscheidern“ in Wirtschaft und Politik immer noch stark unterrepräsentiert sind, macht es auch nicht gerade besser.

So wird das, um ein anderes aktuelles Beispiel zu nennen, garantiert nix mit dem dringend nötigen "Umsteuern" in der Klimapolitik, um den Klimawandel (der den Freibädern indirekt die Rekordeinnahmen in die Kassen gespült hat) zu bremsen oder sich ihm auch nur adäquat anzupassen.

**Schneetiger** Montag, 15. Oktober 2018, 13:42 Uhr

Wer unsere Kanzlerin immer noch glaubt, dass Deutschland ein reiches Land sei, sieht an der eigenen Kommune, dass bei dieser Aussage etwas nicht stimmen kann.

Alles geht in Deutschland den Bach runter. Bildung, Erziehung, Anstand, Solidarität, Infrastrukturen usw. usf.

Gibt es denn niemand in Deutschland, der das Steuer herumreißen kann?